

30 Stunden reichen – Die Arbeitszeit sollte verkürzt werden

Die Arbeitszeiten der abhängig Beschäftigten sollen noch mehr flexibilisiert werden. Den Unternehmern reichen Gleitzeiten, flexible Arbeitszeitkonten, Überstunden ohne jede Bezahlung, Bereitschaftszeiten, Leih- und Teilzeit bis zu verkaufsoffenen Sonntagen sowie Ladenöffnungszeiten von 7.00 bis 22.00 Uhr an sechs Tagen in der Woche für ihre profitgetriebene Kapitalakkumulation noch nicht aus. Die Ware Arbeitskraft soll weitere Flexibilität für die Mehrwertproduktion bereitstellen. Man könnte auch von einer permanenten Verfügbarkeitsmachung der Lohnabhängigen im kapitalistischen „Raubtierkapitalismus“ (Helmut Schmidt) sprechen. Aber auch die abhängig Beschäftigten wünschen sich mehr Flexibilität bei den Arbeitszeiten. Jedoch aus ganz anderen Motiven: Sie erleben die heute vom neoliberalen Dogma aufgezwungene Arbeitszeitflexibilität als schwere Last und sehnen sich nach mehr selbstbestimmter Zeitsouveränität im Arbeitsprozess. Dieser Widerspruch ist nicht auflösbar, zumal abhängige Arbeit im Kapitalismus immer fremdbestimmte Arbeit bleibt und das Kapital mit der größeren Macht ausgestattet ist. Dies gilt insbesondere bei vorliegender Massenarbeitslosigkeit und einem millionenfach herbeigeführtem Arbeitsprekariat. Wird der Lohnabhängige an den Arbeitsmärkten nicht von einem Unternehmer nachgefragt, so hat dieser ökonomisch keinen Wert und er ist auf eine gesellschaftliche Alimentierung angewiesen, die der Kanzlerkandidat der SPD, Martin Schulz, jetzt durch einen längeren Bezug des Arbeitslosengeldes bei gleichzeitiger Qualifizierungsbereitschaft der Arbeitslosen verbessern will. Das ist sozial zwar lobenswert, ist aber nur ein symptomhaftes Linderungsmittel, das die Schmerzsache, nämlich die Arbeitslosigkeit, nicht beseitigt. Dabei wäre es ganz einfach: Mit einer kollektiven Arbeitszeitverkürzung, mit einer „Kurzen Vollzeit für Alle“, auf Basis einer 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich könnte die Massenarbeitslosigkeit beseitigt und außerdem jährlich der Gesellschaft rund 50 Milliarden Euro an fiskalischen Kosten für die Arbeitslosigkeit erspart werden. Und alle hätten am Ende mehr Zeit und wären den täglichen Mehrwertanforderungen und einer Fremdbestimmung durch das Kapital entrückt.